

3. Credit Suisse Europa Barometer in Zusammenarbeit mit dem Europa Forum Luzern



Offenheit gegenüber Weiterentwicklung Beziehung Schweiz-Europa

Bevölkerung für Rahmenabkommen offen, für Konzessionen dagegen weniger

Projektteam

Lukas Golder: Politik- und Medienwissenschaftler

Cloé Jans: Politikwissenschaftlerin

Katrin Wattenhofer: Politikwissenschaftlerin

Thomas Burgunder: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Daniel Bohn: Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Noah Herzog: Kaufmann

Oktober 2019

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY.....	4
2	EINLEITUNG	5
	2.1 Datenbasis.....	5
3	ENTWICKLUNG DER ZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ-EU	6
4	DIE SCHWEIZ IN EUROPA.....	14
5	STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT	16
6	SYNTHESE.....	18

1 Management Summary



Im Rahmen einer Kollaboration der Credit Suisse mit dem Europa Forum Luzern erscheint zum dritten Mal eine Sonderpublikation mit dem Schwerpunkt Europa. Die Ergebnisse des vorliegenden Europa Barometers basieren auf den Daten des Sorgenbarometers 2019, das seit 1976 im Auftrag der Credit Suisse erhoben wird. Für das Sorgenbarometer wurden 2'495 Personen in der ganzen Schweiz repräsentativ befragt.



Die Frage zur Weiterentwicklung des Verhältnisses mit der EU wird polarisiert bewertet. Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent möchte - mehr oder weniger klar - eine Weiterentwicklung. 24 Prozent wünschen sich, den Status quo beizubehalten, während nur 15 Prozent eine klare oder tendenzielle Reduktion des Verhältnisses unterstützen. Wer für eine Weiterentwicklung ist, votiert deutlich in erster Priorität für das institutionelle Rahmenabkommen und nicht für Neuverhandlungen.



Die Meinungsbildung zum Rahmenabkommen ist noch nicht weit fortgeschritten. Am deutlichsten blieb den Stimmberechtigten in Erinnerung, dass über den Lohnschutz verhandelt wird. Zu Konzessionen in den zentralen Dossiers Löhne, Unionsbürgerschaft und Schiedsgericht sind Mehrheiten der Stimmberechtigten aktuell nicht bereit. Die Schweizerinnen und Schweizer geben sich selbstbewusst und wünschen gegenüber dem Ausland ein offensives Verhalten. Dies dürfte auch daran liegen, dass die EU aufgrund der Ereignisse der vergangenen Jahre als geschwächt wahrgenommen wird.



Gegenüber dem Vorjahr erscheint das Verhältnis der Schweiz zur EU im Jahr 2019 etwas weniger relevant. Als Strategie in einem von zunehmender Dominanz der Grossmächte geprägten Welthandel bevorzugen 49 Prozent eine Nischenpolitik der Schweiz und nur 34 Prozent eine verstärkte Annäherung an die EU zur Stärkung der eigenen Position. Schweizerinnen und Schweizer geben sich mit Blick auf einen verschlechterten Zugang zum EU-Markt zuversichtlich: 2018 waren noch 54 Prozent mehr oder weniger sicher, dass ein schlechterer Marktzugang zur EU über Abkommen mit anderen Grossmächten kompensiert werden könnte, 2019 sind es bereits 60 Prozent.

2 Einleitung

Im Zusammenarbeit mit dem Europa Forum Luzern 2019 erscheint im Auftrag der Credit Suisse die vorliegende Sonderpublikation mit dem Schwerpunkt Europa. Die Auswertungen des **CREDIT SUISSE EUROPA BAROMETERS** basieren auf den Daten des Sorgenbarometers 2019. Das Credit Suisse Sorgenbarometer ist eine jährlich angelegte Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung von Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. In seiner ursprünglichen Form existiert das Sorgenbarometer bereits seit 43 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben. Das Ziel des Europa Barometers ist es, Erkenntnisse über die Schweiz und ihr Verhältnis zu Europa aus Sicht der Stimmberechtigten zu gewinnen.



Das Europa Barometer stellt zusammen mit dem Credit Suisse Sorgenbarometer, dem Jugendbarometer und dem Fortschrittsbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung dar.

2.1 Datenbasis

Für das Sorgenbarometer wurden insgesamt 2'495 Stimmberechtigte aus der ganzen Schweiz in einem Mixed-Mode-Verfahren befragt. Die Daten der verschiedenen Methoden wurden einzeln auf Methodeneffekte hin geprüft, danach erfolgte eine systematische Gewichtung, um die Repräsentativität sicherzustellen. Die Interviews wurden im Juli und August 2019 durchgeführt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Tabelle 1: Methodische Details

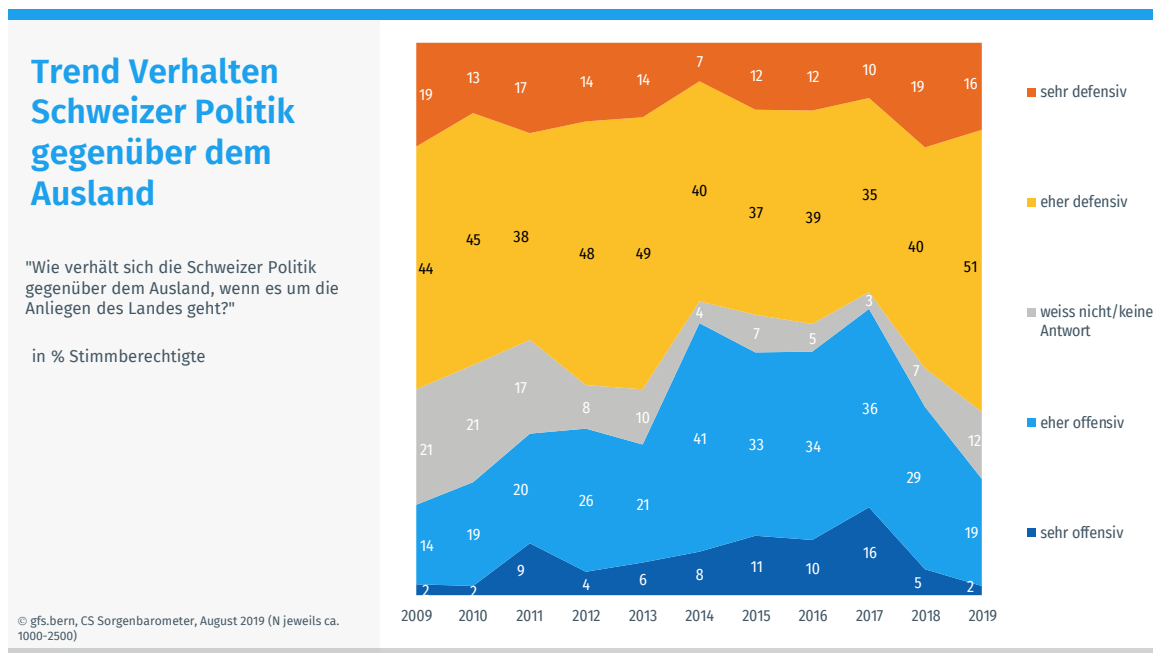
Auftraggeber	Credit Suisse und Europa Forum Luzern
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz, gfs.bern-Panel, Online opt-in
Datenerhebung	Face to Face (n=500) gfs.bern-Panel (n=534) Online opt-in (n=1461)
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 2'495 n DCH = 1657, n FCH = 634, n ICH = 204
Art der Stichprobenziehung	Face to Face: Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion (Alter/Geschlecht interlocked) gfs.bern-Panel: Einladung über das gfs.bern-Panel Online opt-in: online Rekrutierung über Social Media, freier Zugang zur Befragung
Gewichtung	Nach Methode, Geschlecht/Alter interlocked, Sprachregion und Partei
Stichprobenfehler	±2.0 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Befragungszeitraum	von 10. Juli bis 5. August 2019
Publikation	Oktober 2019

©gfs.bern, CS Sorgenbarometer, Oktober 2019

3 Entwicklung der Zusammenarbeit Schweiz-EU

Die Europapolitik von Bundesrat und Parlament während der ablaufenden Legislatur 2015–2019 wird in der medialen Öffentlichkeit mitunter kritisch beurteilt¹. Bundesrat Ignazio Cassis hat im Rahmen seiner Bundesratskandidatur 2017 einen "Reset" angekündigt, heute steht das Dossier hingegen mehr oder weniger still. Das schlägt sich auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung nieder. Die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative 2014 führte in der Bevölkerung dazu, dass das Verhalten der hiesigen Politik gegenüber dem Ausland als eher defensiv bewertet wurde. Mit der Ende 2016 beschlossenen sanften Umsetzung der Initiative kehrten sich die Mehrheiten wieder. Im Trend wird das Verhalten seither wieder deutlich defensiver wahrgenommen.

Grafik 1



Nach der Phase der Debatte über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sind es aktuell, wie schon 2009 und 2010, weniger als ein Fünftel der Stimmberechtigten, die sich ein sehr oder eher defensives Verhalten der Schweiz gegenüber dem Ausland wünschen.



Ein selbstbewussteres Auftreten der Politik wäre heute hingegen von einer Mehrheit der Bevölkerung von 68 Prozent durchaus gewünscht und akzeptiert.

¹ Vgl. bspw. <https://www.solothurnerzeitung.ch/schweiz/die-legislatur-ist-vorbei-was-hat-das-parlament-erreicht-und-wo-haben-die-politiker-versagt-135675938>

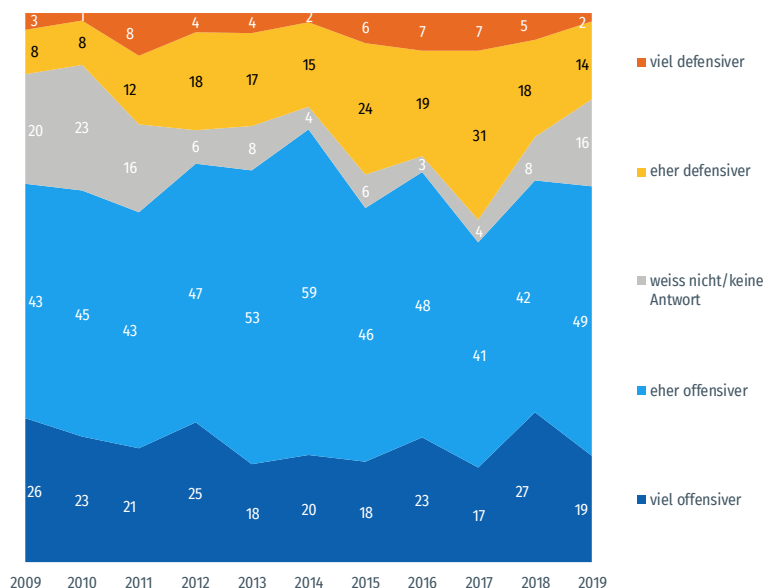
Grafik 2

Trend gewünschtes Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

"Und wie sollte sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland verhalten, wenn es um die Anliegen des Landes geht?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2019 (N jeweils ca. 1000-2500)



Zwar beurteilen die Befragten das Ansehen der Schweiz nach wie vor als mehrheitlich intakt, allerdings sinkt der Anteil derjenigen, die das Image als "sehr gut" beurteilen im Trend seit 2016. Dass diese Veränderung nur so gering ausfällt, überrascht im Kontext der Entwicklungen im Jahr 2019. Politisch wurde die Nicht-Verlängerung der Bösensäquivalenz der EU wegen der blockierten Situation beim Rahmenabkommen sehr kritisch beurteilt und in der laufenden Legislatur wurde unter steigendem Druck der OECD und der EU eine Steuerreform mit einem zweiten Anlauf des Parlaments forciert und dann auch vom Volk angenommen. Angesichts dieses Anpassungsdrucks bleibt die Wahrnehmung der Bevölkerung bezüglich des Verhältnisses der Schweiz zum Ausland auffallend entspannt und selbstbewusst. Genau diese Haltung widerspiegelt sich auch im Bezug auf das Verhältnis zur EU.

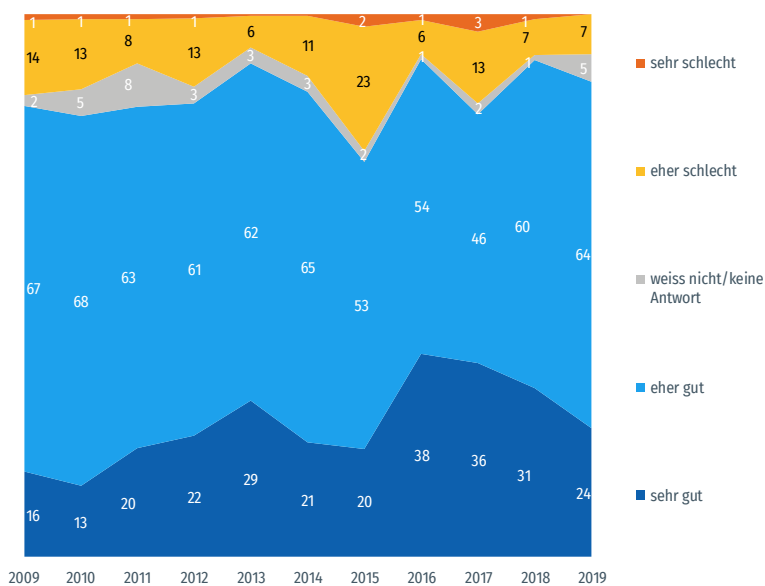
Grafik 3

Trend Ansehen/Image der Schweiz im Ausland aktuell

"Wie ist Ihrer Meinung nach das Ansehen/Image der Schweiz im Ausland?"

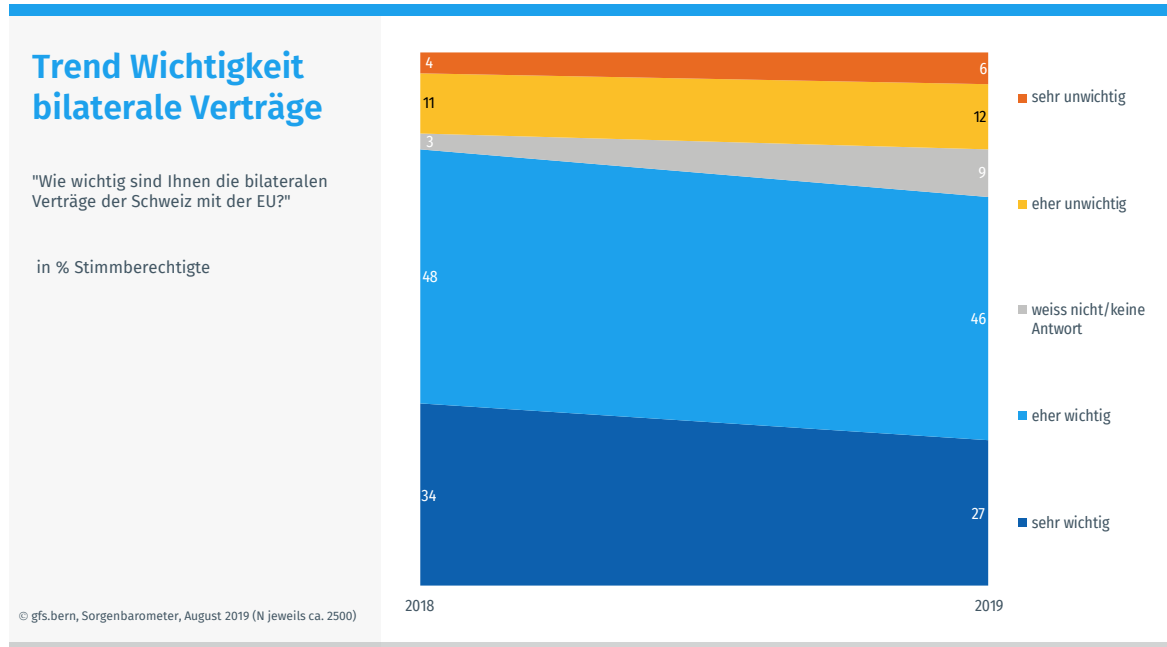
in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2019 (N jeweils ca. 1000-2500)



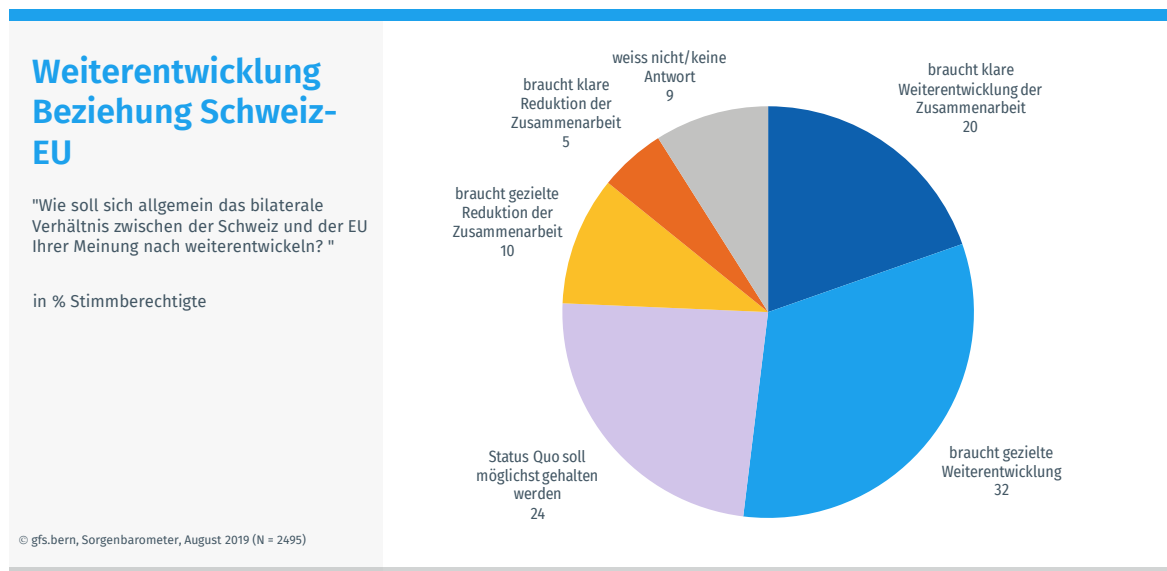
Eine klare Mehrheit beurteilt die bilateralen Verträge als sehr oder eher wichtig. Die laufenden Diskussionen und das Fehlen eines klaren Pfades vorwärts haben aber eher zu einer Abnahme der Relevanz-Beurteilungen geführt. Auffällig ist auch der klare Anstieg des Anteils Stimmberechtigter, die keine klare Meinung zu dieser Frage haben (weiss nicht/keine Antwort).

Grafik 4



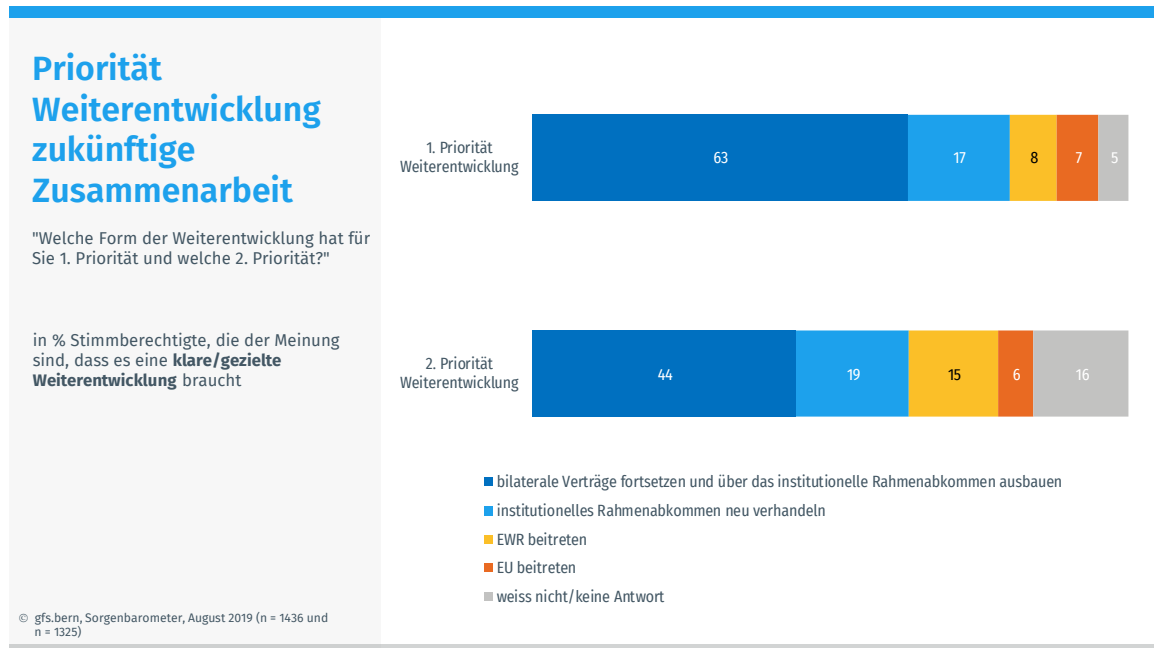
Polarisierter sieht es bei der Frage zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aus. Nur eine knappe Mehrheit will diese effektiv vorantreiben. 20 Prozent wollen eine klare Weiterentwicklung, während 32 Prozent eine gezielte Weiterentwicklung bevorzugen. Entscheidend dürfte bei einer künftigen Diskussion über die Weiterentwicklung darum jener Viertel sein, der sich auch noch im August 2019 möglichst für den Status Quo einsetzt.

Grafik 5



Etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten sind grundsätzlich für die Weiterentwicklung des Verhältnisses der Schweiz mit der EU. Unter ihnen votiert eine klare Mehrheit in erster Priorität für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs über den bestehenden Vorschlag eines institutionellen Rahmenabkommens. Nur 17 Prozent unter ihnen möchten das Rahmenabkommen neu verhandeln. Den EWR- oder den EU-Beitritt wünschen sich dagegen nur kleine Minderheiten prioritär.

Grafik 6



Unter den 39 Prozent der Stimmberechtigten, die den Status quo beibehalten möchten oder eine Reduktion der Zusammenarbeit mit der EU wünschen, sind die Prioritäten unterschiedlich. Ein Drittel würde auf das institutionelle Rahmenabkommen verzichten, selbst wenn die Bilateralen damit erodieren könnten.

23 Prozent möchten in erster Priorität das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen. 19 Prozent wünschen eine Neuverhandlung des Rahmenabkommens und nur gerade 12 Prozent votieren für eine Fortsetzung der Bilateralen mit einem Ausbau über ein institutionelles Rahmenabkommen.



Eine Kündigung der Bilateralen ist nur von einer kleinen Minderheit eine Option zur Reduktion der Zusammenarbeit mit der EU.

Grafik 7

Priorität Reduktion künftige Zusammenarbeit

"Welche Form der künftigen Zusammenarbeit hat für Sie 1. Priorität und welche 2. Priorität?"

in % Stimmberechtigte, die der Meinung sind, dass der Status Quo gehalten werden soll oder, dass es eine **gezielte/klare Reduktion der Zusammenarbeit** braucht

1. Priorität künftige Zusammenarbeit



2. Priorität künftige Zusammenarbeit



- bilaterale Verträge kündigen
- institutionelles Rahmenabkommen nicht unterzeichnen mit dem Risiko der Erosion der Bilateralen
- Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen
- institutionelles Rahmenabkommen neu verhandeln
- bilaterale Verträge fortsetzen und über das institutionelles Rahmenabkommen ausbauen
- weiss nicht/keine Antwort

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2019 (n = 797)

Namentlich bei der knappen Mehrheit, die eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der EU wünscht, geniesst das Rahmenabkommen in seiner heutigen Form eine gewisse Grundakzeptanz. Die Diskussionen um das Rahmenabkommen in der Bevölkerung würden damit eher eine forscher Gangart stützen.

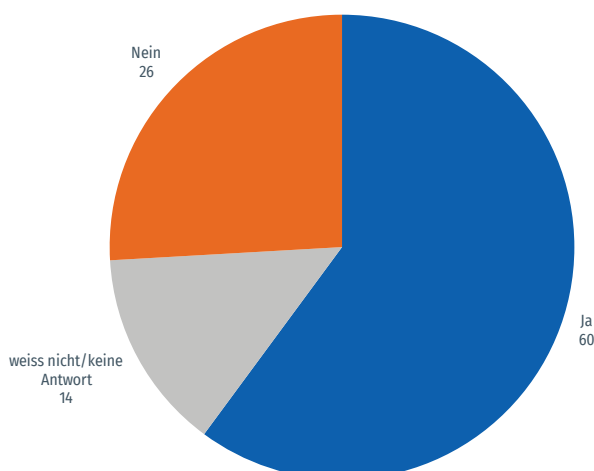
Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für das Rahmenabkommen ist aber noch nicht flächendeckend vorhanden und somit ist davon auszugehen, dass auch der Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung erst ganz am Anfang steht. Dass die Diskussion rund um das Rahmenabkommen von nur 60 Prozent der Befragten wahrgenommen wird, ist angesichts der damit verbundenen intensiven politischen und medialen Auseinandersetzungen als tief einzustufen.

Grafik 8

Wahrnehmung Institutionelles Rahmenabkommen

"Haben Sie die Verhandlungen der Schweiz mit der EU für ein Institutionelles Rahmenabkommen wahrgenommen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2019 (N = 2495)



Wer die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen wahrgenommen hat, erinnert sich vor allem an die Diskussionen rund um Lohnfragen. Bei 23 Prozent war das der Fall. Die Kontroverse rund um fremde Richter blieb dagegen nur 11 Prozent der Befragten in Erinnerung. Alle übrigen Inhalte blieben nur vereinzelt aktiv in Erinnerung.

Grafik 9

Umstrittene Punkte Verhandlungen Schweiz – EU Top 19 (1/2)

"Kennen Sie die umstrittene Punkte rund um diese Verhandlungen der Schweiz mit der EU für ein Institutionelles Rahmenabkommen?"

in % Stimmberechtigte, die die Verhandlungen der Schweiz mit der EU für ein institutionelles Rahmenabkommen wahrgenommen haben

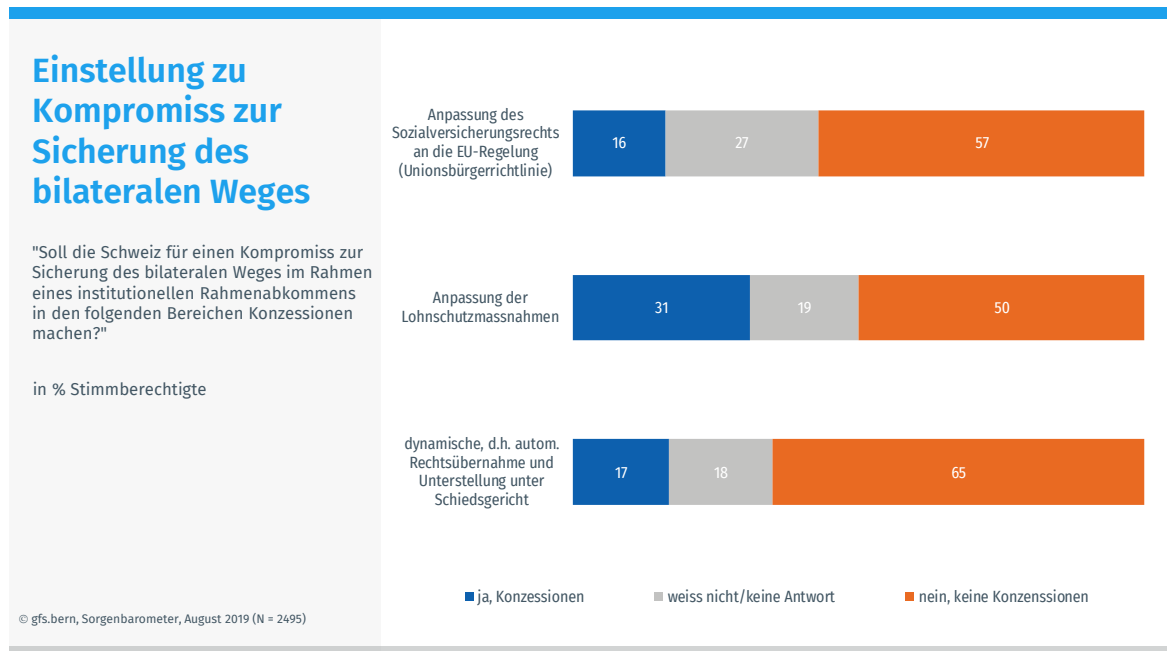
Mehrfachnennungen möglich



© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2019 (n = 1622)

Die Stimmberechtigten der Schweiz sind für die Sicherung des bilateralen Wegs kaum zu Konzessionen bereit. Diese klare Ansage ist im Kontext des intakten Selbstbewusstseins der Schweizerinnen und Schweizer und vor dem Hintergrund eines verbreiteten Wunsches nach einem offensiven Verhalten in der Aussenpolitik erklärbar. Eine Mehrheit ist gegen eine Anpassung des Sozialversicherungsrechts, bei den Lohnschutzmassnahmen und bei der dynamischen Rechtsübernahme. Namentlich bei der Unionsbürgerrichtlinie und der dynamischen Rechtsübernahme ist die Meinungsbildung noch nicht weit fortgeschritten, was am hohen Anteil jener Befragten erkennbar ist, die sich hier nicht festlegen möchten (Anteil weiss nicht/keine Antwort). Etwas weiter fortgeschritten ist die Meinungsbildung bei den Lohnschutzmassnahmen. Gegenüber einer knappen Mehrheit von 50 Prozent, die gegen Konzessionen in dieser Frage sind, sprechen sich immerhin 31 Prozent für ein gewisses Entgegenkommen aus.

Grafik 10



Auch wenn die Bereitschaft zu Konzessionen nach Sprachregion und Parteisympathien (Bundesratsparteien) separat untersucht wird, ergibt sich in keiner Untergruppe eine mehrheitliche Zustimmung zu Konzessionen. Allerdings gibt es klare Unterschiede in den Präferenzen:

- Bei der **UNIONSBÜRGERRICHTLINIE** ist man am ehesten in der Romandie und bei den SP-Wählerinnen und –wählern zu Kompromissen bereit.
- Anpassungen im **LOHNSCHUTZ** stossen im Tessin eher auf Zustimmung als in den restlichen Landesteilen. Die Unterstützung dafür ist ausserdem bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten der FDP am grössten.
- Die **DYNAMISCHE RECHTSÜBERNAHME** ist in der Deutschschweiz und der Romandie eher noch eine Option als im Tessin – und auch hier sind jene Stimmberechtigten mit einer Präferenz für die SP am ehesten zu Konzessionen bereit.

Grafik 11

"Soll die Schweiz für einen Kompromiss zur Sicherung des bilateralen Weges im Rahmen eines institutionellen Rahmenabkommens in den folgenden Bereichen Konzessionen machen?"

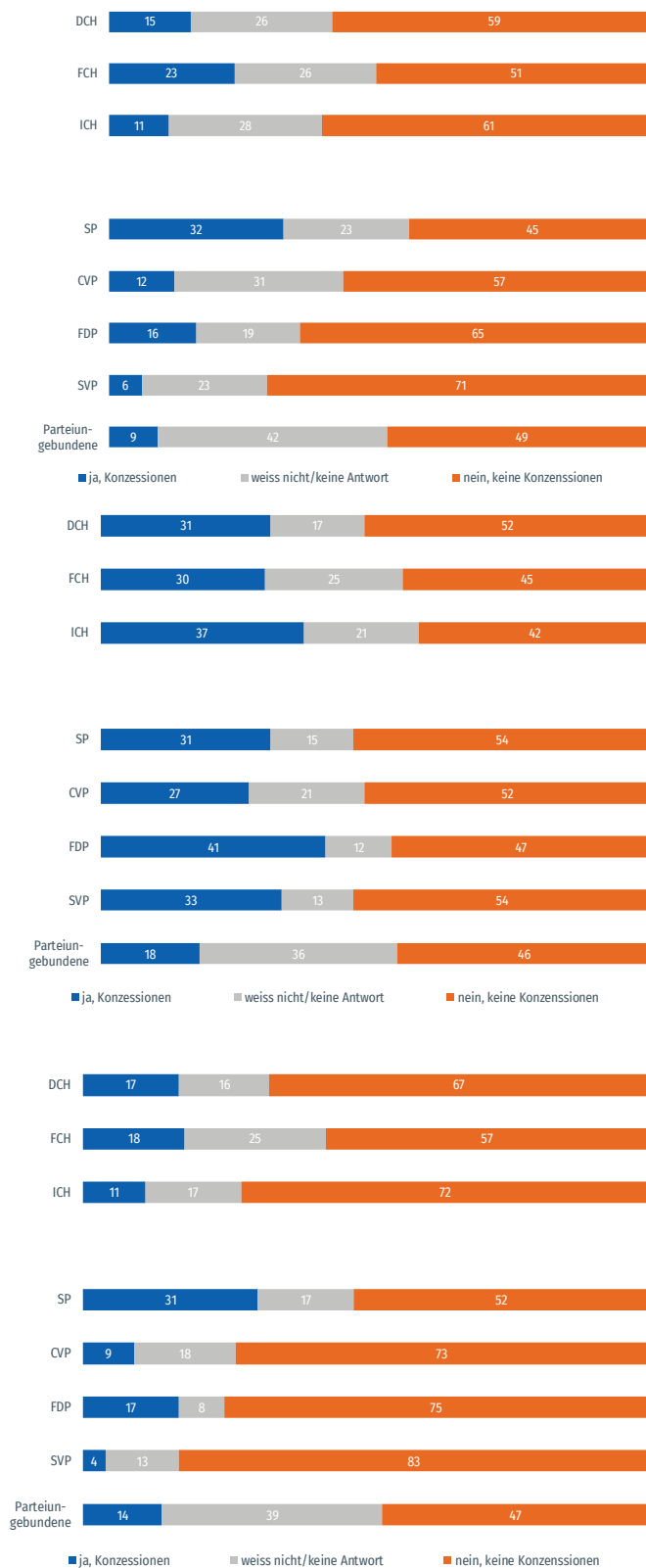
in % Stimmberechtigte

Anpassung Unionsbürgerrichtlinie

Anpassung der Lohnschutzmassnahmen

dynamische Rechtsübernahme und Unterstellung unter Schiedsgericht

Bereitschaft zu Konzessionen nach Sprachregion und Parteibindung



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2019 (N = 2495), sig.

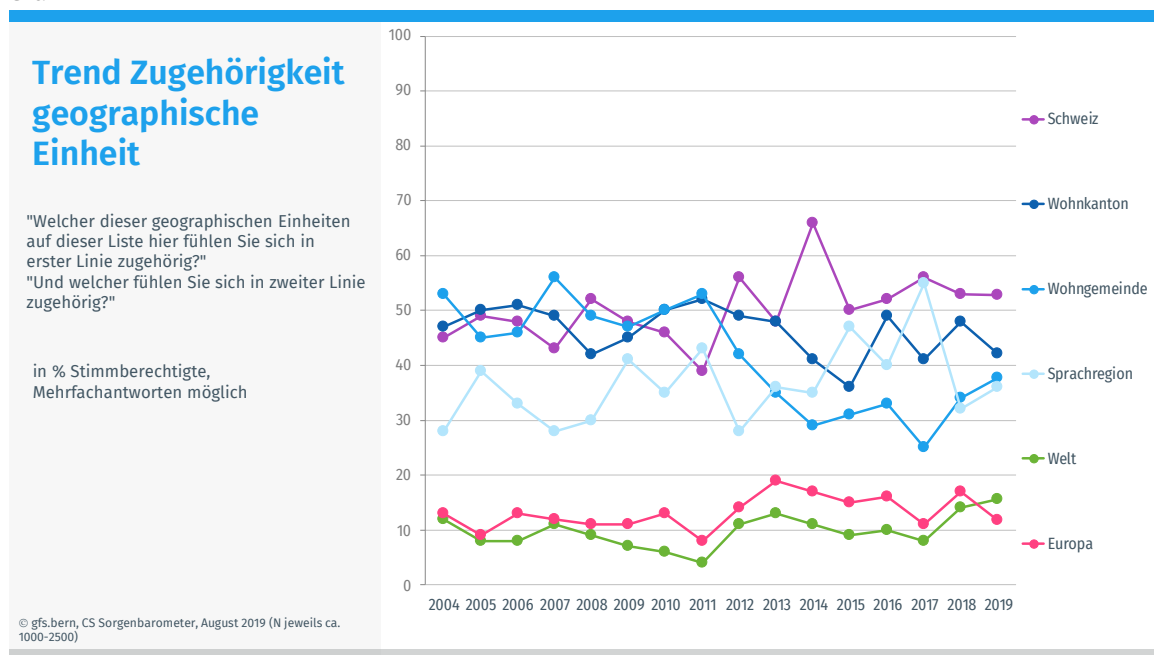
4 Die Schweiz in Europa

Es gibt weder in erster noch in zweiter Linie grosse Anteile Stimmberechtigter, die sich als Bürgerinnen und Bürger Europas bezeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil in Richtung Europa um 10 Prozent rückläufig und rangiert aktuell sogar erstmals hinter dem Anteil jener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich als Weltenbürger verstehen.

Eine Mehrheit versteht sich in erster oder zweiter Linie als Schweizerin oder Schweizer. Dahinter folgen Wohnkanton, Wohngemeinde und Sprachregion. Langfristig haben Kanton und Gemeinde eher an Identifikationskraft verloren, wobei die Trends in den letzten Jahren nicht eindeutig waren.

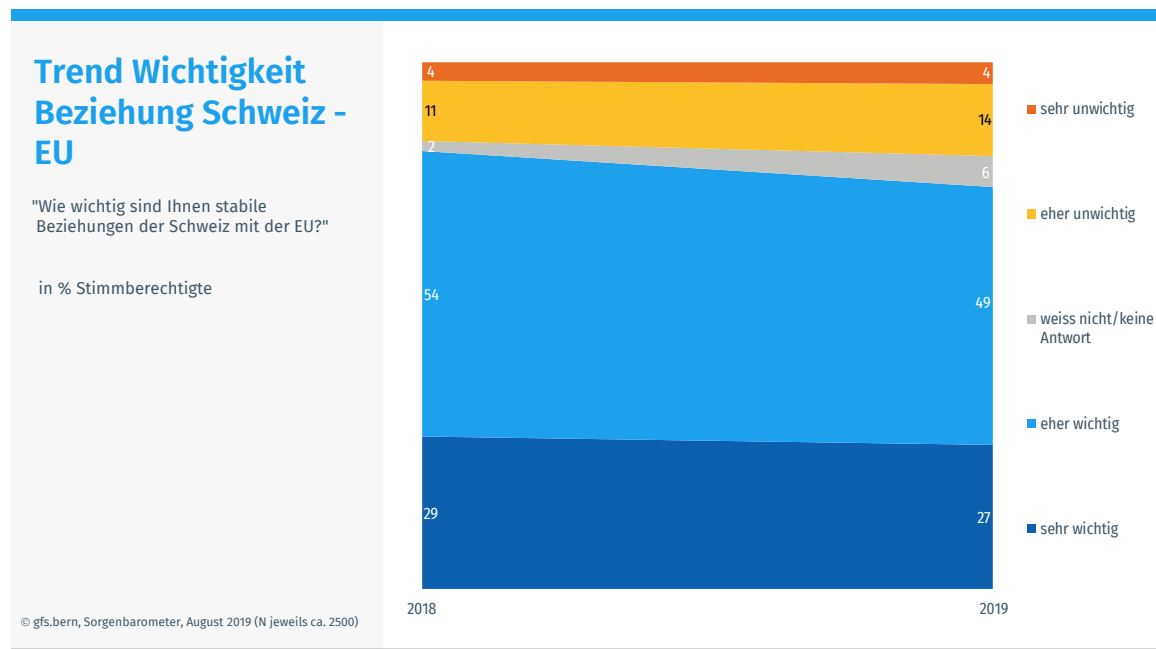
Das Gefühl, Europabürgerin oder –bürger zu sein, war in den Neunzigerjahren noch typisch in linken Kreisen. Ein Ausdruck dieses Gefühls hat sich im seit 2004 abgefragten Identitätsteil des Sorgenbarometers jedoch noch nie feststellen lassen. Auch Personen, die sich selber links der Mitte positionieren, fühlen sich nur zu zwanzig Prozent in erster oder zweiter Linie als Bürgerinnen und Bürger Europas.

Grafik 12



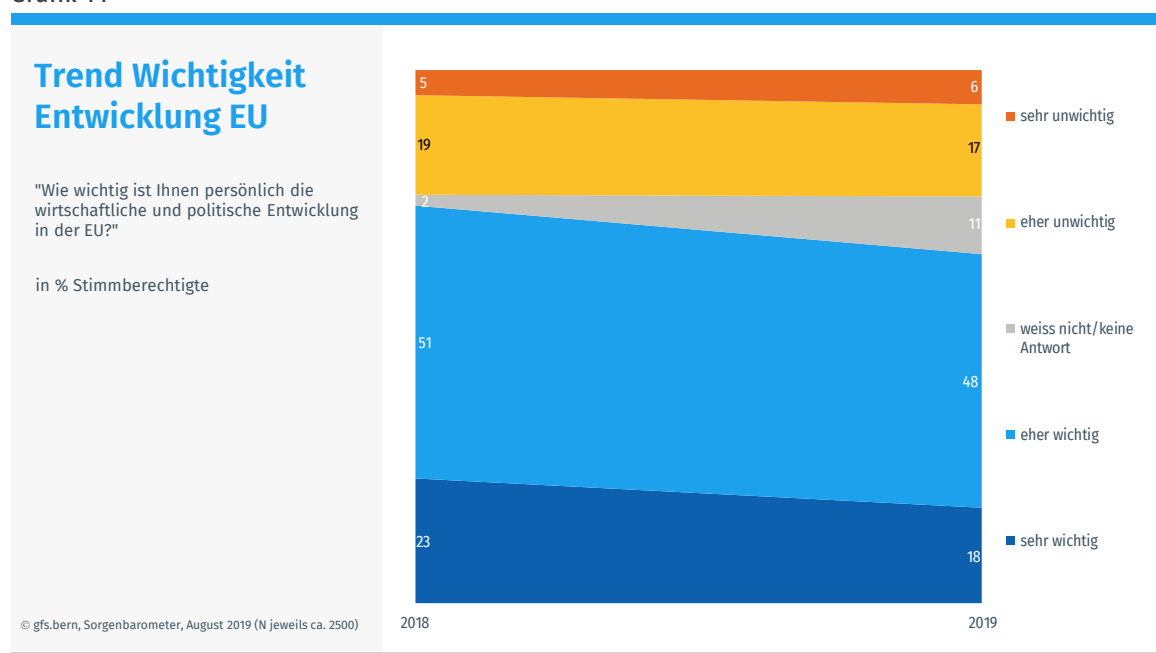
Ähnlich wie bei der Beurteilung der bilateralen Verträge wünscht sich zwar eine klare Mehrheit stabile Beziehungen der Schweiz zur EU, aber nur etwas mehr als ein Viertel beurteilt diese als "sehr wichtig". Zudem ist der Anteil, der diese Beziehungen als eher oder sehr unwichtig beurteilt, leicht angewachsen und beträgt nun 18 Prozent.

Grafik 13



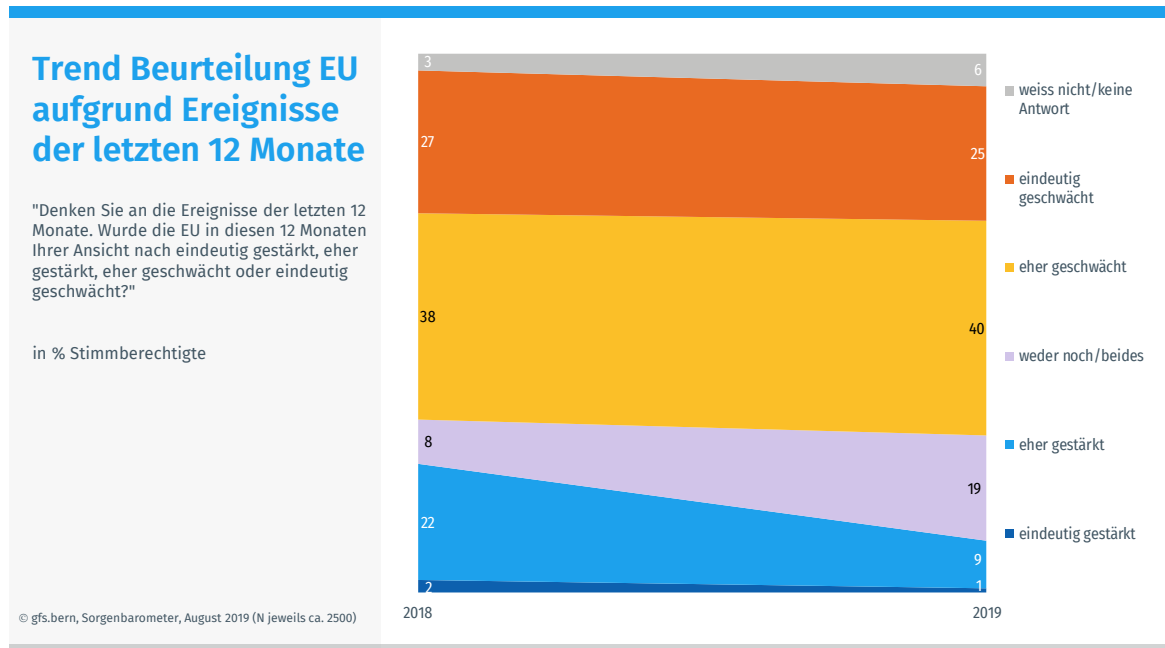
Die erhöhte Gelassenheit der Stimmberechtigten bezüglich der Position der Schweiz gegenüber dem Ausland macht sich auch bei der Beurteilung der Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der EU bemerkbar. Eine klare Mehrheit findet die Entwicklung mindestens eher wichtig, aber der Anteil ist rückläufig.

Grafik 14



Neben den Europarats-Wahlen könnte insbesondere auch die Brexit-Diskussion die Urteile über die EU zurzeit prägen. Zwei Drittel der Befragten sehen eine Schwächung der EU in den letzten zwölf Monaten. Das ist genau gleich viel wie im Vorjahr. 2018 war aber der Anteil, der eine Stärkung beobachtete, mit 24 Prozent noch deutlich höher. Zurzeit sehen nur gerade zehn Prozent der Stimmberechtigten in der Schweiz eine Stärkung der EU in den letzten zwölf Monaten.

Grafik 15



5 Strategien für die Zukunft

Was ist eine geeignete Strategie, wenn der Welthandel vermehrt von der Machtpolitik von Grossmächten gesteuert wird? Die verstärkte Kooperation mit der EU oder eine eigenständige Nischenpolitik?

Mit einer mindestens teilweise vorhandenen Offenheit gegenüber einer Vertiefung des Verhältnisses zur EU, einer breit wahrgenommenen Schwächung der EU innerhalb des letzten Jahres und einem durchaus vorhandenen Selbstbewusstsein bezüglich der Rolle und Stellung der Schweiz, wünschen sich 49 Prozent der Stimmberechtigten in der Schweiz eher eine eigenständige Nischenpolitik als eine Anlehnung an die EU-Position, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken.



Auch separat nach soziodemografischen Untergruppen betrachtet wünschen sich die meisten eher die Nischen-Strategie. Allerdings gibt es eine scharfe Polarisierung zwischen Links und Rechts. Wer sich selber politisch links verortet, wünscht zu 62 Prozent eine Annäherung an die EU und nur zu 12 Prozent die Nischen-Strategie.

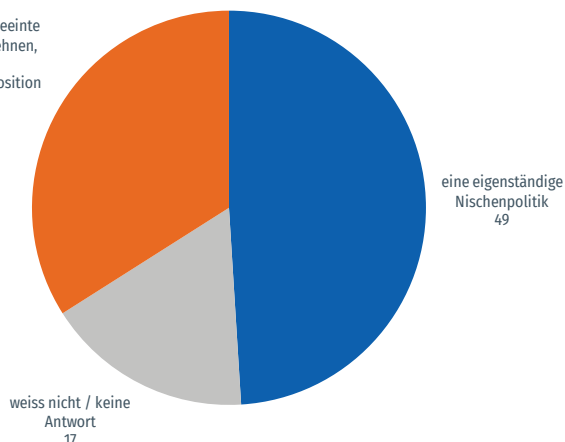
Grafik 16

Geeignete Strategie Schweiz im Welthandel

"Der Welthandel wird vermehrt gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz hier eher verfolgen?"

in % Stimmberechtigte

stärker an eine geeinte EU-Position anlehnen, um Verhandlungsposition zu stärken
34



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2019 (N = 2495)

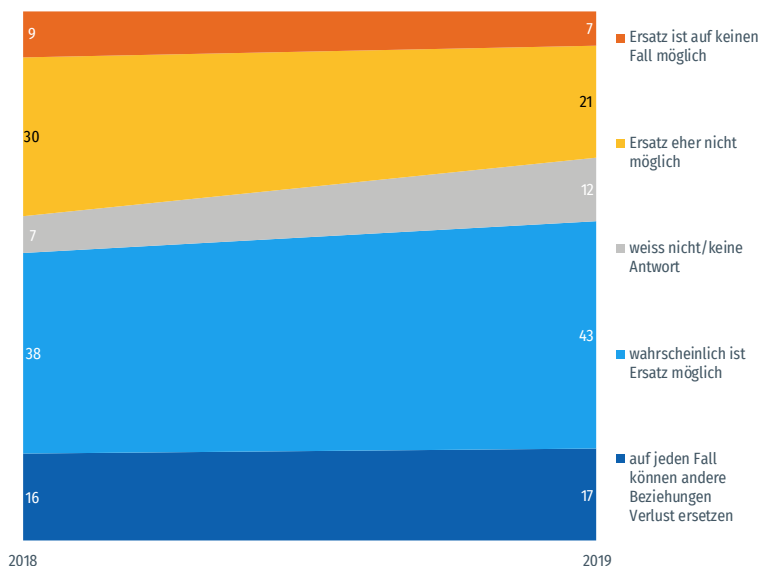
Während die Beurteilung der Relevanz des Verhältnisses zur EU eher sinkt, steigt der Anteil jener Stimmberechtigten, die im Falle einer Verschlechterung des Marktzugangs zur EU einen ausreichenden Ersatz in einer Verstärkung der Handelsbeziehungen mit grossen Drittstaaten wie China oder den USA als mindestens wahrscheinlich erachten. Noch im Vorjahr waren 39 Prozent diesbezüglich kritisch, neu finden nur noch 28 Prozent, dass ein solcher Ersatz alles andere als wahrscheinlich ist.

Grafik 17

Trend Ersatz für Handelsbeziehungen

"Falls sich der Marktzugang zur EU für unsere Wirtschaft verschlechtern sollte: Kann eine Verstärkung der Handelsbeziehungen der Schweiz mit grossen Drittstaaten wie z.B. China oder die USA den Verlust ausreichend ersetzen? Ist dieser Ersatz möglich?"


in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2019 (N jeweils ca. 2500)

6 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse des Credit Suisse Europa Barometers 2019 wie folgt zusammen:



GELASSENE OFFENHEIT IN RICHTUNG WEITER-ENTWICKLUNG BILATERALE

Die hitzige Diskussion in der Politik und in den Medien sowie die verhärteten Fronten spiegeln sich bisher nicht in den Haltungen der Stimmberechtigten zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs. Mit einer selbstbewussten Haltung gegenüber einer eher als geschwächt wahrgenommenen EU wünscht sich eine knappe Mehrheit eine Weiterentwicklung des bilateralen Verhältnisses, wobei der Rahmenvertrag bei einem Teil durchaus in erster Linie gewünscht wird. Die Meinungsbildung zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU ist aber noch nicht weit fortgeschritten: Der Status quo bleibt für Viele durchaus die am meisten gewünschte Option und Konzessionen der Schweiz in den zentralen Streitpunkten werden verbreitet abgelehnt.



NISCHEN-POLITIK VOR INTEGRATION

Gegenüber dem Vorjahr erscheint das Verhältnis der Schweiz zur EU im Jahr 2019 etwas weniger relevant. Eine Nischenpolitik im Welthandel ist für breite Kreise attraktiver als eine stärkere Annäherung an die EU. Die Zuversicht wächst, dass eine Verschlechterung des Marktzugangs zur EU über Abkommen mit anderen Grossmächten kompensiert werden könnte.

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.